

## Geldrausch

So lange ich mich zurückerinnern kann, und das ist ziemlich lange, fällt mir kein Senat ein, bei dem die Milliardengeschäfte am Fließband abgewickelt wurden. Die beste Investition ist die bessere Bezahlung der Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes. Nur mit einer guten Verwaltung, was auch gut bezahlt heißt, kann die Stadt ordentlich gemanagt werden.

Heute wird Halbzeit der Legislaturperiode gefeiert. Um 13 Uhr verkündet das Berliner Dreigestirn Müller, Lederer und Pop die Bilanz der guten Taten. Nicht im Roten Rathaus, sondern in Buckow.

### Zuvor aber die neueste Umfrage der Berliner Zeitung, ermittelt von Forsa:

In Klammern das Ergebnis vom 5. Februar 2019: CDU 20% (+1), SPD 17% (+1), Grüne 22% (+1), FDP 7% (-1), Linke 18% (-2), AfD 11% (0). Trotz eines Minus von zwei Punkten bleibt Klaus Lederer Berlins beliebtester Senator.

### Meinungen zur Halbzeit

Der Tagesspiegel hat bei den Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus nachgefragt, wie ihre Bilanz ausfällt. Zuerst die Regierungsparteien:

**Raed Saleh, SPD:** „Eine ganze Menge bewegt, eine ganze Menge noch vor uns – wir sollten bei unserem Tempo darauf achten, dass wir die Berlinerinnen und Berliner mitnehmen, indem wir ihnen erklären, was wir machen.“

**Carola Bluhm, Linke:** „Dafür, dass die Opposition R2G auf dem Weg in den Sozialismus sieht, funktioniert die Versorgung mit Süßfrüchten noch hervorragend – die Koalition ist besser als ihr Ruf, bleibt aber unter ihren Möglichkeiten.“

**Antje Kapek, Grüne:** „Rot-Rot-Grün packt an, was jahrelang liegen geblieben ist: Große Reformen, Gesetze, Investitionspakete und Bauvorhaben – wir haben heute schon viel erreicht und das war erst der Anfang – gute Aussichten für Berlin!“

Bei den Linken zumindest schwingt ein wenig Selbstkritik mit. Frau Bluhm meint doch mit „unter ihren Möglichkeiten“ nicht etwa die Parteigenossin Lomp-scher?

Und die Opposition? **Burkard Dregger, CDU:** „R2G ist, wenn man sich in der Halbzeit den Schlusspfeiff herbeiseht: Immer mehr Schulabbrecher, immer weniger Baugenehmigungen, dadurch steigende Mieten, immer weniger Mobilität mangels Ausbau des ÖPNV, durch Rückbau der Straßen, Radwege ins

Nirgendwo, immer noch Schlusslicht bei der Verbrechensbekämpfung.“

**Georg Padzerski, AfD:** „Viel laute Propaganda mit leeren Versprechungen, viel Hetze gegen bürgerliche Kritik und Meinungsfreiheit, viel sozialistische Ideologie 'DDR 2.0', aber keine messbaren Fortschritte bei der Bekämpfung von Wohnungsnot, Bildungsmisere oder Verkehrschaos auf Straße, Schiene und in der Luft.“

**Sebastian Czaja, FDP:** „Rot-Rot-Grün ist wie attac, eine Nichtregierungsorganisation, ohne Gemeinnützigkeit.“

Man kann über Sebastian Czaja sagen, was man will. Aber bringt in einem Satz die Sache auf den Punkt.

### Fehlentscheidungen

Auf seiner heutigen Sitzung wird sich der Senat mal wieder mit dem Berliner Stromnetz beschäftigen. Wie in den letzten Tagen schon durchsickerte, soll sich das landeseigene Unternehmen BerlinEnergie künftig um das Stromnetz kümmern. Das meldet der RBB aus wie immer gut unterrichteten Quellen.

In den Nachrichten hieß es, dass eine unabhängige Vergabestelle die Entscheidung getroffen habe. Diese Vergabestelle ist bei der Senatsverwaltung für Finanzen angesiedelt, da darf man ein wenig Zweifel an der Unabhängigkeit haben. Außerdem steht im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün, dass man das Stromnetz zurückkaufen wolle. Die Vorgaben sind also eindeutig. Der Tagesspiegel berichtet, dass bei dem Vergabeverfahren BerlinEnergie 14.590 Punkte erreicht hat und die Vattenfall-Tochter Stromnetz Berlin GmbH nur 13.530. Das ist schon deshalb interessant, weil ein Unternehmen, das bisher nichts unter Beweis stellen konnte, mehr Punkte erreicht, als ein Unternehmen, das seit vielen Jahren für eine sichere Stromversorgung in der Stadt sorgt und jährlich Millionen Euro investiert.

Vattenfall wird natürlich klagen, ein jahrelanger Rechtsstreit könnte folgen, es sei denn, der schwedische Staatskonzern hat irgendwann genug von seinem Berlin-Engagement. So oder so, der Rückkauf des Stromnetzes wird uns teuer zu stehen kommen. Mit ein oder zwei Milliarden muss gerechnet werden. Peanuts im Gegensatz zu den Wohnungsankäufen. Eine Enteignung der „Deutsche Wohnen“, wie sie ein Volksbegehren anstrebt, würde laut Morgenpost 36 Milliarden Euro kosten. Wie viele Wohnungen könnte man davon bauen, wenn man sie bauen würde? Ideologie war noch nie ein guter Ratgeber bei politischen Entscheidungen. Aber, was solls? Die Berliner wollen es nicht anders: 57% stehen hinter Rot-Rot-Grün.

**Ed Koch**